

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 Mk.
ohne Dringerlohn.

Druck und Verlag
S. M. Gedächtnisdruckerei
Otto Gedächtnis

Abonnement: Kleine Petitzelle 20 Pf.
Herrn: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 39.

Freitag, den 15. Februar 1918.

75. Jahrgang.

Geht es abwärts?

Englische Beobachter sind es, die behaupten, daß Lloyd George nach seiner letzten Reise im Unterhaus den Einheitszirkus nicht mehr überzeugt seien. Seine Sache nicht mehr überzeugt seien. Seine Kollegen in schließlich niedergeschlagener Stimmung zurückgeblieben, und man habe das Gefühl gehabt, als ob eine politische Krise in der Luft wäre. Es scheint danach, daß man sich auf Überraschungen in England gefaßt machen muß; es wäre nicht das erste Mal, daß Wetterzeichen in der Heimat einer militärischen Katastrophe im Felde voranleiteten.

Sucht man den Ursachen des Misstrauens nachzugeben, daß im englischen Volke nach irgendeiner Entscheidung drängt, so sind es anscheinend die Beschlüsse des Versailler Kriegsrats, denen man kein volles Vertrauen entgegenbringen mag. Nicht die stolze Verkündung, daß der Krieg trotz aller Friedensangebote der Mittelmächte mit äußerster Kraft weitergeführt werden würde; an dieser unverberührlichen Halskettigkeit hat die öffentliche Meinung in England gar nichts auszuspielen. Über aus den bestigen, streng gebremten Abmachungen scheint manches durchgedreht zu sein, was die kritischer veranlagten Gemüter in höchstem Maße beunruhigt. In ihrem Namen bat Esquith den Ministerpräsidenten um Auflösung. Dieser aber hält sich in den Mantel des Staatsgeheimnisses und behauptet förmlich das Unterhaus, nicht weiter in ihm zu dringen, wenn er nicht dem Feinde die allerwichtigsten Fingerzeige für das, was das Frühjahr ihm bringen will, vermitteln will. Dazu könne und werde er seine Hand nicht bieten, und wenn das Parlament sich in dieser Frage nicht hinter ihn stelle, dann müßte er sich eine andere Regierung suchen. Haig und Robertson, die beiden Oberbefehlshaber des britischen Heeres, seien bei den Beratungen in Versailles natürlich zugegen gewesen, und wenn man sein Vertrauen habe, dann müßten auch diese beiden Männer ersezt werden. Wenn aber die Presse sich dieser Angelegenheit bemächtigen sollte, so hieße das die Führung des Krieges unmöglich zu machen. Die Lösung müßte jetzt heißen: Schluss mit der Debatte; er wenigstens werde sich an ihr nicht länger beteiligen.

Es geht also um die militärische Führung auf der Entente-Seite, soviel ist klar. Man weiß nicht erst seit heute, daß die Leistungen der Haig und Robertson namentlich seit der letzten, blutig gescheiterten Blandernoffensive von heimlichen Sachverständigen heftig kritisiert werden, denen das Herz sitzt bei dem Gedanken, daß diesen Männern auch die voraussichtlich endgültigen Entscheidungen des Jahres 1918 anvertraut bleiben sollen. Und deshalb scheint man in London bis auf weiteres entschlossen zu sein, nicht still zu halten, trotz der lebenswichtigen Bitten Lloyd Georges; es steht eben zuviel auf dem Spiel. Die "Daily News" betonen die Notwendigkeit, die Angelegenheit bis auf den Grund zu prüfen. Vor allem müßte das Unterhaus erfahren, ob die britischen Heerführer dem französischen Oberbefehl unterstellt werden. Das Blatt nennt in diesem Zusammenhang den Namen des Generals Nivelle, der, wenn wir nicht irren, in Frankreich als "Bluthund" gekennzeichnet wurde — Verdunischen Engedentens. Wenn wirklich er und nicht der General Foch an die Spitze der Weltkrieger gestellt sein sollte, so wäre allerdings, daß man in England den kommenden Ereignissen nur mit Schrecken entgegensehen. Das Blatt verlangt bessere Gründe als die bisher gehörten für die Wahl gerade dieses Mannes, die es als Fluchtburg abtut. Auch den Einwand will es nicht gelten lassen, daß es sich um eine abgemachte Sache handele und daß man keine Angelegenheiten gegenüber den Verbündeten herbeiführen dürfe. Wenn das Parlament nicht konsequent und entschlossen handele, werde es noch zu ganz anderen Ungelegenheiten kommen. Es müsse geschehe was da wolle, deutlich gemacht werden, daß England von Westminster und nicht von Versailles regiert werde.

Das sind scharfe Worte, die unmöglich ohne Echo bleiben können. Sie lassen erkennen, wie gering in Wahrheit das gegenseitige Vertrauen der Verbündeten auf ihre militärische Überliefertigkeit ist, und was man von den pomposen Erklärungen zu halten hat, mit denen sie regelmäßig nach ihren Konferenzen und Zusammenkünften auseinandergehen. Wenn schon Lloyd George die Gelster in der Heimat nicht mehr beherrschen kann, dann muß es unfehlbar abwärts gehen mit der Siegesgewissheit in England. Für die bevorstehenden Entscheidungskämpfe im Westen just die rechte Stimmung!

Scharfe Stimmung gegen Lloyd George.

Eine Anzahl Londoner Blätter, vor allem der radikale "Star", behaupten, die Stellung des Kabinetts Lloyd George sei stark erschüttert. Das Ansehen des Ministerpräsidenten habe Mittwoch einen erheblichen Stoß bekommen, daran sei nicht zu zweifeln. Der Schriftleiter der "Daily News", Gardiner, diktiert einen offenen Brief an den Verteiler der liberalen Partei. Der Brief ist eine äußerst vernichtende Anklageschrift gegen die Regierung Lloyd Georges, deren unklugerer Zustand kommt mit Hilfe der seit Kriegsbeginn bestehenden Verbindung zwischen Lloyd George und Northcliffe und deren Amtsführung mittels einer freudigen Pressekamarilla der Schreiber in den schärfsten Ausdrücken gezeigt. Gardiner wirft dem Ministerpräsidenten Güntlingswirtschaft, Ränke, Ausübung des Parlaments und unheilsvolle Gelegenheitspolitik ohne grobe Gedanken vor. Das Volk habe alles Vertrauen in die Regierung verloren, die in bezug auf die Kriegsziele keines Unaufrichtigkeit gezeigt habe. "Wir wollen", jaat

Herborner, keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung zur Strafe. Wir wollen das Schwert vernichten, um die Grundlage für einen Völkervertrag zu legen, um die Lehre der Selbstbestimmung in allen Ländern durchzuführen, um die Überleitung zu erzwingen und einen Völkerbund zu gründen und um unseren Kindern die Möglichkeit einer besseren Zukunft zu geben, als der einer für den ewigen Krieg organisierten Welt. Die liberale Partei dürfe nicht länger stillstehen und dem Dartardspiel der jungen Regierung länger zusehen. Sie dürfe das bedrohliche Verhältnis nicht gebürgig hinnehmen und sich nicht mit der Phrase, daß Offenheit nicht im öffentlichen Interesse liege, absperren lassen, wo Männer, die keine Partei hinter sich hätten, politisch bankrott seien und mit der Hungersnot und mit Millionen Menschenleben spielen. England braucht eine Regierung, die volles Vertrauen des Volkes besitzt und unzweideutig für die Grundätze: Keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung als Strafe, nationale Selbstbestimmung und Völkerbund eintritt. Gardiner schließt: Die erste Voraussetzung eines reinlichen Friedens ist, daß wir eine reinliche Regierung haben.

Balfour sucht zu retten.

Im Unterhaus versuchte Mittwoch der Minister des Auswärtigen Balfour der bedrohten Regierung neue Stützen zu geben. Er wandte sich gegen die Angriffe mehrerer Abgeordneter auf den obersten Kriegsrat in Versailles. Dieser sei in erster Linie zur Befriedung der großen militärischen Fragen zusammengekommen und habe eine Erklärung über die Schlüsse aus den Reden Herrlings und Esquiths abgegeben, er habe aber nicht die Kriegsziele besprochen. In den Reden Herrlings und Esquiths habe der oberste Kriegsrat seine Friedensanmahnung gefunden. Es habe keinen Sinn, der Regierung vorszuwerfen, sie bediene sich nicht diplomatischer Mittel. Das hätte nur dann Smeid, wenn man mit einem Volke zu tun habe, das entschlossen sei, zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Die Mittelmächte hätten aber offen gezeigt, daß sie keine solche Absicht hätten.

Nach den Äußerungen der Presse hat diese Wiederholung aus den sattsam bekannten Kriegsreden Lloyd Georges durch Balfour die gegen das Kabinett herabstechende Misstrauensstimmung in seiner Weise beidwichtigt oder eingedämmt.

Kaiser Karl an seine Völker.

Friedenshoffnungen.

Wien, 14. Februar.

In einem Erlass an die Völker Österreichs weiß Kaiser Karl darauf hin, daß die siegreichen Waffen und die ausdauernde und aufrichtige Friedenspolitik in gleicher Weise zum Abschluß des Friedens mit der Ukraine beigetragen habe. Dann heißt es weiter in dem Erlass:

Vereint mit meinen schwer geprägten Völkern vertrate ich daran, daß nach dem ersten für und so erfreulichen Friedensschluß bald der allgemeine Friede der leidenden Menschheit gegönnt sein werde. Unter dem Eindruck dieses Friedens mit der Ukraine wenden sich unser Blick voll Sympathie jenem freisamen jungen Volke zu, in dessen Herzen zuerst unter unsrer Regierung das Gefühl der Nächstenliebe wirklich und welches nach in zahlreichen Schlachten beweckter Tapferkeit auch dazu genügend Entschlossenheit besaß, um seiner besseren Überzeugung vor aller Welt durch das Tatsachenbuch zu verleihen. So sieht es denn als erstes aus dem Lager unserer Freunde aus, um im Interesse der möglichst raschen Vereinigung des nunmehr gemeinsam großen Vieles seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen.

Zum Schluß erklärt der Monarch, daß er sich mit seinen Völkern in dieser Stunde des ersten Friedensschlusses ebenso eins fühle, wie in dem felsenfesten Entschluß, den Kampf bis zur Erreichung eines ehrenhaften Friedens durchzufechten.

Die Lage im Osten.

Weitere Beratungen im Hauptquartier.

Berlin, 14. Februar.

Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß der Befehl zu der Demobilisierung, den Trotski und die Volkskommissare am Sonntag durch Funkvertrag erichtet hatten, an demselben Tage, vier Stunden danach, wieder zurückgezogen worden ist. Eine Demobilisierung des russischen Heeres ist also tatsächlich nicht erfolgt.

Über die durch den Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk geschaffene Lage wird von zuverlässiger Seite folgendes mitgeteilt:

Durch die Trotskischen Erklärungen ist eine Situation geschaffen, wie sie in der Weltgeschichte wohl noch nie da gewesen ist. Verschiedene aus dieser Lage sich ergebenden Probleme bilden zurzeit bekanntlich den Gegenstand der Beratungen im Großen Hauptquartier, die zu einer vollen Übereinstimmung der Auffassungen zwischen den militärischen und der politischen Leitung geführt haben und die noch fortgesetzt werden. Besonders interessant ist das Waffenstillstandsproblem, d. h. die Frage, ob der Waffenstillstand überhaupt noch zu Recht besteht oder nicht. Der Waffenstillstand ist seinerzeit ausgesprochen zu dem Zweck

abgeschlossen worden, den Frieden zwischen den beiden Teilen herbeizuführen. Nun, nachdem der Abschluß eines Friedens überhaupt nicht erfolgt ist und auch nicht in naher Aussicht steht, ist also der Hauptabschlußzweck des Waffenstillstandsvertrages überhaupt verschwunden, und die Aussicht liegt nahe, daß nach Ablauf der vorgesehenen Frist damit der Kriegszustand automatisch wieder in Kraft tritt, eine Tatsache, an der auch die einseitige Demobilisierung Russlands nichts ändern würde.

Graf Czernin über den Friedensschluß.

Der österreichische Minister des Äußeren, Graf Czernin, antwortete auf eine Befragung bei seiner Rückkehr nach Wien:

„Das, was in Brest-Litowsk geschehen ist, ist noch nicht das Ende, aber es ist der Anfang des Weltfriedens. Nicht nur politische Krankheiten sind ansteckend, auch politische Genesungen, auch der Friede wirkt ansteckend, was die Zukunft beweisen wird. Brest-Litowsk ist aber auch in wirtschaftlicher Beziehung bedeutungsvoll. Was dort geschaffen wurde, ist ein Brotsfrieden, das Gegen teil von dem, was man einen Hungerfrieden nennt. Gewiß sind die Schwierigkeiten, die dem Transport entgegenstehen, noch bedeutend. Aber es sind alle Vorfehrungen getroffen. Und wenn auch die Verhältnisse sich nicht soviel von Tag zu Tag bessern werden, so werden sie sich doch von Monat zu Monat bessern.“

Die Zukunft Litauens.

Der Bischof Karemijus von Kowno, der im Großen Hauptquartier und in Berlin mit den leitenden Beratern über die litauische Frage verhandelt hat, erklärte in einer Unterredung mit einem Berliner Zeitungsvertreter, er sei gekommen, um den deutschen leitenden Stellen nahezulegen, daß die Zeit gekommen sei, ein selbständiges Litauen zu schaffen, das natürlich Anlehnung an Deutschland suchen würde. Dem größten Teil der litauischen Bevölkerung schwebt die Schaffung eines monarchischen Staatswesens auf christlich-konservativer Grundlage vor. Nur wenige zahlreiche Elemente versuchen auf neue Beziehungen mit Russland anzuknüpfen. Nach Meinung des Bischofs Karemijus bildet die litauische Sache bereits den Gegenstand von Erörterungen im Großen Hauptquartier.

Der Streit um Schom brandlos.

Wien, 14. Febr. Von informierter Seite wird mitgeteilt, der Friede mit der Ukraine war nur gegen das Bugebied des Schomgebietes zu erlangen. Schom ist in ethnographischer Beziehung gemäßiges Land, so daß von einer Zugehörigkeit zu Polen nicht gesprochen werden kann. Die Detailabgrenzung wird einer gemischten Kommission übertragen, wobei dem polnischen Element Einfluß eingeräumt wird.

Lenins und Trotskis Stellung erschüttert.

Wessburg (indirekt), 14. Febr. Die Sellung Lenins und Trotskis gilt als stark erschüttert. Die Auslösung der Smolny-Regierung soll unmittelbar bevorstehen.

Die finnische Bürgergarde.

Stockholm, 14. Febr. Die Zahl der zur finnischen Bürgergarde gehörenden Kämpfer wird auf 8000 geschätzt. Die Front der finnischen Truppen ist fest, wenn es sich auch nicht um eine völlig geschlossene Schützengräbenlinie handelt.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 14. Febr. Über die Verhandlungen mit Rumänien ist Genaueres noch nicht bekannt. Zunächst dürften rumänische Bevollmächtigte, die über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollen, an einem dazu bestimmten Orte eingetroffen sein, und man wird nicht überrascht sein, wenn man in den nächsten Tagen hören sollte, daß auch politische Persönlichkeiten sich einzufinden.

Die letzten Sitzungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 14. Februar.

Aber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, die mit der bekannten Erklärung Trotski schlossen, liegt jetzt ein ausführlicher Bericht vor, dem wir nachstehend entnehmen: Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß nach dem bisherigen Verlauf der sehr eingehenden Debatten eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte nicht erreicht werden könnten. Vielleicht ließe sich aber doch noch über die politischen und über die Handelsfragen ein Weg der Versöhnung anbinden! Nachdem dann Graf Czernin darauf hingewiesen hatte, daß theoretische Erörterungen wenig Aussicht auf Einigung böten, entgegnete Trotski, daß die Annäherung, die die Regierung dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wollte, der Ablehnung dieses Grundsatzes gleichkomme. Er protestierte darauf eingehend gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Ukraine und schloß mit der Bemerkung, daß für das ukrainische Volk und für die Regierung ganz Russlands dieser Vertrag ungültig sei.

Staatssekretär v. Kühlmann schlug nun vor, die Frage des neuen Grenzaufbaus (gegen Russland) einer Kommission zu überwälzen. Deutschland habe immer auf ein freundliches Verhältnis zu Russland Wert gelegt und werde das auch in Zukunft tun und sich nicht in Russlands innerpolitisches Verhältnisse einmischen. Der Friedensschluß mit der Ukraine steht hier nicht mehr zur Erörterung. Was das Selbstbestimmungsrecht der Völker angehe, so seien die verbündeten Regierungen bereit, durch planmäßigen Aufbau der bestehenden Vertretungskörper die Möglichkeit einer Rundgebung auf breiterer Grundlage zu schaffen.

Graf Czernin betonte, daß das Verhältnis der Ukraine zur Petersburger Regierung den Bierbund nichts angehe. Durch den Friedensvertrag sei die Ukraine für die Mittelmächte ein neutraler Staat geworden, und dasselbe würde

mit unsane der Fall sein, wenn es zu einem Friedensschluß käme. Nachdem Troth sich mit dem Zusammentritt einer militärisch-technischen Kommission zur Beurteilung der Grenzlinie einverstanden erklärt hatte, erinnerte Staatssekretär v. Kühlmann daran, daß die Mittelmächte die Räumung gewisser Gebiete vorgeschlagen hätten, unter der Bedingung der gleichzeitig stattfindenden Räumung der Gebiete ihrer Verbündeten. Als Sitzpunkt für die Räumungspflicht setzte die russische Demobilisierung in Aussicht genommen gewesen; die Mittelmächte seien jedoch hinsichtlich dieses Zeitpunktes zu Konzessionen bereit. Troth erwiderte, daß Rußland seine Truppen ebenso wie aus Persien aus dem türkischen Gebiet zurückziehen werde. Nach einigen Bemerkungen über die Wandsfrage wurde die Sitzung geschlossen.

Die Randvölker Russlands.

Der Zusammenbruch des zaristischen Reiches und der damit begonnene Zerfall des bisherigen Riesenstaates Russland in seine aus den verschiedensten Völkerhaften bestehenden Bestandteile hat eine Reihe von schwierigen politischen und völkerrechtlichen Fragen aufgeworfen. Unser Interesse



stehen die an der deutsch-österreichischen Ostgrenze liegenden Gebiete am nächsten. Der Friedensschluß mit der neuen Volksrepublik der Ukraine, das werdenende selbständige Finnland, die polnische Krise, die Gestaltung der Dinge in Kurland, Livland, Estland, Litauen nehmen einen breiten Raum im öffentlichen Meinungsaustausch ein. Die Diplomatie steht vor schwierigen und weittragenden Aufgaben mancher Art, während im sich zersetzenden Russland wilde Härting herrscht und kaum zu überleben ist, welche endgültige Gestaltung aus den Wirren hervorgehen wird. Unsere Karte zeigt das Verhältnis der westlichen Randvölker Russlands in Bezug auf Bodenverteilung und Staatlichkeit.

Dem Tag auf folge drängt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erbosten Deutschen und Esten in

Polen und Estland der Katastrope zu, wenn nicht Rettung in letzter Stunde kommt. In Riga sind von den Maximalisten 800 Deutsche und Esten verhaftet worden. Die Frauen befinden sich getrennt von ihren Kindern; in Dorpat wurden etwa 280 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen sind aus Riga gemeldet. Der gesamte deutsche Adel ist für vogelfrei erklärt. Währenddessen agitiert England weiter und bedingt sich die militärische Verfügung über die Häfen des Landes als Gegenleistung aus.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 14. Febr. (Amtlich.) Außer den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im östlichen Mittelmeer sind nach neu eingegangenen Meldungen auch solche im mittleren Teil des Mittelmeers erzielt worden, durch die besonders der Transportverkehr nach Italien betroffen wurde. Drei Dampfer und drei Segler fielen hier unseren U-Booten zum Opfer. Die Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, wurden sämtlich aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versunkenen Seglern hatten zwei Papiermasse, einer Holz geladen. — Am 31. Januar hat eines unserer U-Boote die chemische Fabrik Areuella bei Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Frankreichs beschränkte Zufuhr.

Wie der Mangel an Schiffsräum die Unterstützung Frankreichs durch überseeische Länder unterdrückt, erzählt aus den Verhandlungen der französischen Kammer. Der Unterstaatssekretär Vimont erklärte, es sei ihm gelungen, den Frachtpreis von Frankreich nach Alger bedeutend herabzuführen, die neutrale Schifffahrt habe aber daraufhin die Fahrten eingestellt, weil ihr der Höchstpreis zu niedrig sei. Die Schiffe aus dem fernen Osten muhten zurückgezogen werden. Den Verkehr mit Indo-China vermittelte nur noch monatlich ein Dampfer. Der Abgeordnete Boussenot gab bekannt, daß am Jahresende fast eine Million Tonnen Ware, davon die Hälfte Nahrungsmittel und Kriegsgerät, in den fernen Kolonien unbesördert liegen bleibten mühten.

Alte Kriegspost.

Berlin, 14. Febr. Nach zuverlässigen Nachrichten hat die französische Regierung eine Bestimmung erlassen, die den Militärgesetzlichen verbietet, sich bei den französischen Regimentern aufzuhalten, da man ihren Einfluss fürchtet.

Berlin, 14. Febr. Wie von zuständiger Seite gemeldet wird, sind die rumänischen Unterhändler, die zunächst über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollen, heute an ihrem Bestimmungsort eingetroffen.

Wien, 14. Febr. Die ukrainische Rada hat die sofortige Demobilisierung der Armee verkündet und die Räumung des ukrainischen Gebiets von den russischen Truppen angeordnet.

Amsterdam, 14. Febr. Im März wird Großbritannien eine neue große Kriegsanleihe ausschreiben, und zwar handelt es sich diesmal um 40 Milliarden Schilling. England ist genötigt, den Geldbedarf auch von zwei anderen alliierten Staaten auf sich zu nehmen.

Rotterdam, 14. Febr. In London fanden in den letzten acht Tagen täglich große Kundgebungen zugunsten des Friedens statt. Auch abends finden Versammlungen statt, die von Tausenden von Arbeitern besucht werden. Die kommenden Arbeitertagungen werden sich zweifellos mit einem starken Drang nach Frieden zu befreien haben.

Gens. 14. Febr. Das Patrouillenschiff "Chouque" ist im Nebel verloren. Bierzehn Mann der Besatzung sind gerettet.

Vom Tage.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Berlin, 14. Febr. Die Besprechungen im Großen Hauptquartier, die gestern zwischen dem Reichskanzler,

weil Sie mich nicht lieben.“ — „Richtig.“ — „Also, wenn Sie sagen, beiraten kann ich Sie nicht“, dann sage ich „nein“. Erledigt. Reden wir nicht darüber und bleiben wir gute Freunde.“ — „Das geht nicht.“ — „Was sollte uns daran hindern?“ — „Der Schmerz, den Sie um meinen Verlust empfinden.“

Theo muhte laut auslachen, denn Hilde hatte das mit bewußter Drolligkeit gesagt. Aber plötzlich wurden beide wieder ernst.

„Und warum muhten Sie mich vor dem heutigen Abend sprechen?“

„Das ist ganz einfach. Ich nehme an, daß Sie bereits in den nächsten Tagen abreisen werden. Und da durfte ich keine Minute verlieren. — Ich hätte ja gewiß auch später noch Gelegenheit gefunden, Sie zu sprechen. Aber die Unruhe trieb mich her.“

„Also was wünschen Sie mir zu sagen?“

„Sind noch Worte nötig? Sie wissen ja, wie es steht. Nur ich weiß es nicht.“

„Ist Ihnen das nicht verdächtig? Aus Ihren Mienen, Ihren Worten spricht alles deutlich und vernehmlich, aber — aus mir werden Sie nicht flug. Würden Sie es nicht wissen, unfehlbar wissen, wenn ich Sie liebe?“

„Fräulein Hilde, und selbst wenn ichs wüht, dürste ich mir nie erlauben, darauf zu pochen — und Ihren Besuch wie ein Recht zu fordern?“

„Ja, unbedingt! — Ihre Blicke kreuzten sich wie zwei Slingen — im nächsten Augenblick aber fühlte sich Hilde fest umklungen.

Empört sich Sie sich los.“

„Was fällt Ihnen ein?“

„Theos Hand zitterte.“

„War es unrecht, was ich tat? — War es schlecht von mir?“

„Mein — ja!“

„Nein, es war höchstens dummkopfisch. Ich irrte mich einfach in Ihnen. Ich glaubte, daß Sie mich lieben, und deshalb nahm ich Sie, wie mein Recht. Nun habe ich mich geäuscht. Aber Sie sind schuld daran, wenn ich aus meiner falschen Ansicht die Konsequenzen zog.“

Hilde schwieg. Ihr Gesicht war sieberhaft gerötet.

Es stürzte in ihr, aber kein Wort kam über ihre Lippen.

„Nun, gnädiges Fräulein“, sagte Theo liebtraum.

dem Biegelanzler v. Bahr und dem Staatssekretär v. Kühlmann, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem General von Ludendorff stattgefunden haben, haben eine völlig einmütige Auffassung der Lage gezeigt und zu einer völligen Vereinigung der militärischen und politischen Leitung geführt.

Frankfurt a. M., 14. Febr. An den gestrigen Besprechungen im Großen Hauptquartier nahmen außer den bereits genannten Persönlichkeiten noch für die Marine Holtendorff und von Capelle teil. Der Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann und der Biegelanzler von Bahr lehrten gestern abend mit Hindenburg ins Große Hauptquartier zurück. Die Besprechungen dauerten mit einer halbstündigen Unterbrechung von nachmittags 3 Uhr bis 1/2 Uhr abends.

Gedanke über die militärische Lage

General Cadorna, der zur Bezeichnung durch den militärischen Untersuchungsausschuß nach Rom zurückberufen wurde, äußerte vor der Abreise aus Versailles, die dortigen Kriegsgerüchte hätten die militärische Rückwirkung des Friedenszustandes an der russischen Front schon im voraus in Rechnung gezogen. Die Entente behalte trotz der Verschiebung großer deutscher Streitkräfte nach der West- und Alpenfront ein zahlenmäßiges Überge wicht. Auch ein mögliches Freiwerden der Armee Mackensen infolge wahrscheinlicher Waffenstreckung Rumäniens sei bereits in Rechnung gestellt und alle Gegenmaßnahmen getroffen. Die italienische Presse sucht Trost in der Hoffnung auf die hinterlistischen Pläne der Marimallien, auf die Bildung einer revolutionären Armee und Zwistigkeiten zwischen der Ukraine, Rumänien und Bulgarien sowie auf die falsche Rechnung der Mittelmächte bezüglich Verproviantierung durch die Ukraine.

Die Kriegsrede des Ministerpräsidenten Orlando.

Die Kriegsrede des Ministerpräsidenten Orlando, der nun auch auf die letzten Reden des Grafen Czernin und des Grafen Hertling geantwortet hat, enthält nichts wesentlich Neues. Sie stellt die alten Kriegssieze auf, bezeichnet den Anspruch auf alle Kriegshäfen Österreichs als Idealismus und Vaterlandsverteidigung und weist darauf hin, daß die Ziele des Verbandes sicher mit Hilfe Amerikas erreicht werden. Infolge eines Zwischenfalls mit den Sozialisten kam es zu stürmischen Szenen, so daß die Sitzung aufgehoben werden muhte und die Rede Orlandos völlig verpusste.

Lebensmittelnot in der Schweiz.

Angesichts der Lebensmittelknappheit in der Schweiz sind hinsichtlich des Beutes von Familienangehörigen der Internierten in der Schweiz Einschränkungen notwendig geworden. Die Zentralstelle für Fremdenpolizei beim schweizerischen Justizpolizeidepartement hat eine Mitteilung an die Konsuln und Gesandtschaften der Schweiz im Auslande erlassen, wonach das Visum für die Reise in die Schweiz nur noch den nächsten Angehörigen, also Eltern, Frauen und Kindern, höchstens zwei bis drei Personen, zu einem Aufenthalt von höchstens 14 Tagen zu erteilen ist. — Schätzungsweise sind zurzeit bei 80 000 Internierten 50 000 Angehörige in der Schweiz wohnhaft, so daß die Internierung der fremden Kriegsgefangenen der Schweiz die Ernährung von annähernd 100 000 Menschen auferlegt.

Graf Czernin wird antworten.

Wien, 14. Febr. Graf Czernin wird in der nächsten Zeit auf die Rede Willoms antworten. Wahrscheinlich wird auch eine deutsche Antwort erfolgen.

Wird noch Generalissimus?

Zürich, 14. Febr. Aus französischen Anzeigungen geht hervor, daß General Foch immer mehr in den Vordergrund tritt, so daß man schon in Zürich in ihm den Nachfolger des Generalissimus Petain erblicken dürfte.

Oberst Repington verhaftet.

Osca, 14. Febr. Oberst Repington, der Militärrittmeister der "Morning Post", wurde wegen gesetzwidriger Veröffentlichtung angeblich geheimer Verhandlungen der Versailler Konferenz verhaftet. Man erahnt darin wiederum den geheinen Einfluss Lord Northrops auf die Regierung. Solange Repington

bleibt mit nichts weiter übrig, als Sie um Verzeihung zu bitten. Können Sie vergessen, was ich tat?“

„Ja“, tönte es leise zurück.

„Ach — dann leben Sie wohl.“

Theo verbeugte sich und wandte sich der Tür zu. Ein herrischer Wort rief ihn zurück.

„Herr von Siegell!“

„Gnädiges Fräulein?“

„Unsere Rechnung ist noch nicht zu Ende.“

Theo sah sie ernst, fast vorwürdig an. Dann sagte er: „Gnädiges Fräulein, ich bin hierher gekommen, um Sie um Ihre Hand zu bitten, nicht um Ihre Liebe oder Ihren Haß mir erst zu erwerben. Entweder behält ich Ihre Liebe bereit — oder ich behalt sie nicht. Die paar Worte ändern daran nichts. Sie haben mir nun gesagt, daß Sie mich nicht lieben, und ich meine, alle anderen Worte sind überflüssig.“

Da rannen die Tränen aus Hildes Augen, ein Schluchzen erschütterte ihre Brust. Sie wandte sich von ihm ab, und indem sie ihr Gesicht in die Hände hineinstellte, rief sie: „Weiß ich es denn selbst?“ Da kam es wie ein großer Glückrausch über Theo. Über er hielt sich zurück, er wußte — so ganz mit Temperament war Hilde nicht zu gewinnen. Und dann — er hatte ihr noch anderes zu sagen. „Darf ich noch einmal sprechen — das sagen — was ich eigentlich sagen wollte?“ — „Ja.“ — „Nun gut. Schen Sie, Fräulein Hilde, bevor ich Sie mit einem Gewissen um Ihre Hand bitten darf, muß ich etwas erwähnen, einen Namen — Franziska Dehn.“

Blitzschnell wandte sich Hilde zu ihm um.

„Es ist wahr, daß ich eine kurze Zeit lang mein Herz an Franziska Dehn vergeben hatte. Und ich gestebe, daß ich vielleicht Franziskas Mann geworden wäre, wenn es das Schicksal und — Frau von Rohmann nicht besser mit mir gemeint hätten. Aber heute fühle ich, daß ich immer nur Sie liebe — nur Sie! Ich habe Ihnen nicht gesagt, weil Sie mir leichtfertig und überflächlich erschien. Als ich aber Ihren wahren Wert erkannte — da liebte ich Sie mit vollem Bewußtsein tausendmal inniger, als ich Sie früher kusste und bewußtlos geliebt hatte.“

Er hielt einen Augenblick inne. „Glauben Sie mir, Fräulein Hilde?“ — „Ich glaube Ihnen.“

„Und noch etwas muß ich mit Ihnen besprechen.“

Wie die Nordhelle gehörende „Lumé“ hörte, ronnte er davon, was er wollte; jetzt, nachdem er zur „Morning Post“ gegangen ist, sucht man ihn unschädlich zu machen.

Keine Nachfrage nach rumänischen Papieren.

Stettin, 14. Febr. Wie aus Paris gemeldet wird, müssen sich die dortigen Börsen rumänische Scheine entzünden. Auf der Börse werden alle rumänischen Papiere gefürchtet.

Pour le mérite.

Berlin, 14. Febr. Der Kaiser hat dem Oberstleutnant von Huth und dem Hauptmann Seiler den Orden pour le mérite verliehen.

Volo zum Tode verurteilt.

Paris, 14. Febr. Volo ist einstimmig zum Tode verurteilt worden. Prochere wurde zu 3 Jahren Gefängnis, Cavallini in confusione zum Tode verurteilt.

Der Kampf um das preuß. Wahlrecht.

Beginn der Ausschusssitzungen.

Berlin, 14. Februar.

Heute begann der Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Paragraph 1 gibt das Wahlrecht jedem Preußen, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens drei Jahren besitzt und das 25. Lebensjahr vollendet hat, in der preußischen Gemeinde, in der er seit einem Jahr seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde. Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen. Für aktive Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten ruht das Wahlrecht.

Anträge.

Die Konservativen beantragen für die einjährige Ortszugehörigkeit die dreijährige zu setzen. Ein national-liberaler Antrag will folgende Bestimmung einführen: „Auf die Teilnehmer am gegenwärtigen Kriege findet für die einjährige Wahl auf Grund dieses Gesetzes die Voraussetzung des einjährigen Wohnsitzes oder Aufenthaltes in der Gemeinde, aber dem Wahlbezirk keine Anwendung.“ Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Bedingung der dreijährigen Staatsangehörigkeit zu streichen, für die einjährige Ortszugehörigkeit eine solche von 6 Monaten zu setzen und auch den Sitz zu streichen, daß der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde tritt, wenn diese in mehrere Wahlbezirke geteilt ist. Der Sozialdemokrat beantragt, daß Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahrs in seiner preußischen Heimatgemeinde zu geben und im Falle der Ablehnung dieses Antrags nur eine einjährige Staatsangehörigkeit zu fordern, sowie die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlbezirk zu treiben. — Raus der Begründung der Anträge erklärt.

Minister des Innern Dr. Drews:

Die einjährige Aufenthaltsfrist ist auch in Elas-Lothringen vorgesehen und sie genügt. Eine dreijährige Aufenthaltsfrist würde die Allgemeinheit des Wahlrechts erheblich einschränken, und das will die Regierung nicht. Das Wahlalter von 25 Jahren entspreche der Reichsverfassung und darunter kann man nicht geben. Was das Frauenwahlrecht anbelangt, so ist die Stellung der Frau von der des Mannes tatsächlich verschieden und muß es sein. Durch die Hineinziehung der Frau in die Politik würde man ihr die Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben, ihrer Pflichten und Erziehungsplänen, unmöglich machen. Die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlbezirk bezieht sich in der Hauptstadt auf Berlin und soll ein Hin- und Herziehen der Wähler kurz vor der Wahl verhindern. Dem nationalliberalen Antrag stimmt die Regierung grundsätzlich zu, er gehört jedoch in die Übergangsbestimmungen.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung, in deren Verlauf der konservative Antrag zurückgezogen wird, erfolgt die Annahme des Paragraphen 1 in der Regierungssitzung. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt. Einstimmig wird der nationalliberale Antrag betr. die Kriegsteilnehmer zum Beschluss erhoben.

Ausschluß vom Wahlrecht.

Paragraph 2 zählt diejenigen Personen auf, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Nationalliberale und konservative Anträge wollen den Kreis dieser Personen erweitern, möglicherweise um mit Gefängnis oder Justizhaus über drei Monate Beiträge handelt. Das Zentrum beantragt Zusatzschluß bei mehr als einjähriger Beleidigung für 5 Jahre. Außerdem beantragen die Konservativen die Einführung eines § 2a, wonach auf die Dauer von 5 Jahren vom Wahlrecht ausgeschlossen werden Personen, die wegen verleumderischer

Worte finanzielle Vorteile — „Nein.“ — „Ja, das muß sein. Ich habe etwas Vermögen, nicht gerade viel, aber es bringt doch 2000 Mark Rente im Jahr. Mein Verdienst ist vorläufig auch nicht groß... kaum mehr als 4000 Mark im Jahr. Aber ich habe mich in meiner Stellung bewährt. Mein Chef hat mir die Dauer des jetzigen Zustandes festgelegt. 6000 Mark ist nicht gerade glänzend. Aber ich — meinerseits — könnte mich in einem Haushalt von entsprechendem Umfang durchaus glücklich fühlen.“

Da reichte sie ihm einfach die Hand und sagte: „Ich mich auch.“ Noch einen Augenblick, dann sanften sich die beiden Liebenden in die Arme.

Am Abend ging es hoch her bei Generalmajors. Das städtische Brautpaar saß in der Mitte der Tafel. Und die Glückwünsche nahmen kein Ende.

Nach Tisch zog Kohmann den General in ein leeres Zimmer. „Lieber Freund, wir müssen noch etwas Wichtiges besprechen.“ — „Bitte, gern zu Diensten.“ — „Es handelt sich um die Zukunft Ihres Schwiegersohnes. Ich bin nämlich der Überzeugung, daß ein Mann wie Giegel zu viel Fähigkeiten hat, als daß man sie in kleinen Kaufmannschaften vergebenen würde. Um wiederum bei mir eine gute Stellung einzunehmen, dazu bedarf es größerer Kenntnisse. Es würde auch nach dem Skandal, den wir einmal gehabt hatten, nicht ratsam sein, Giegel sofort in die Firma einzunehmen. Ich bin daher dafür, daß Theo erst auf der Handelshochschule einige Jahre studiert, dann vielleicht noch ein Polytechnikum besucht, schließlich in anderen Stellungen, vor allem in der Welt sich umsieht. Dann soll er im Hause Kohmann die Stellung finden, die seine Zukunft bedeutet.“

Das Gesicht des Generals blieb auf: „Und noch etwas — aber Sie dürfen es mir nicht übernehmen, alter Freund. Wir kennen unsere Verhältnisse in ganz genau. Die Firma Kohmann Söhne wird Ihren Schwiegersohn ausbilden lassen. Keine Widerrede — nur ja oder nein.“

„Ja.“

25. Kapitel

Zwei Jahre waren vergangen. Jahre des reinsten Glückes für Theo und Hilde. Jahre des Glücks und der

Verteidigung, vorläufiger Wiedereinigung oder Landfriedensbruchs zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtmäßig verurteilt sind.

Die Regierung für mildere Haftung.

Minister des Innern Dr. Drews findet den Gedanken der Anträge richtig. Die Regierung schlägt ja auch vor, diejenigen vom Wahlrecht auszuschiessen, die öffentliche Amt nicht bekleiden dürfen. Ob man aber so weit gehen könne, wie die Antragsteller wollen, sei zweifelhaft. Eine ganze Reihe von Strategen sei erförlig aus dem Milieu des Täters und sie seien das Ergebnis einer einmaligen Verirrung, die eine einmalige bleiben könne. Eine ganze Anzahl Verurteilte könne wieder zu einem regelrechten Leben zurückkehren. Einmalige Gelegenheitsverbrechen dürfe man nicht dauernd das Wahlrecht nehmen. Wenn man aber einem Vorbestraften für eine gewisse Zeit das Wahlrecht entziehe, so wäre das gewissermaßen ein Daseinsfeind und erscheine ungern.

Nach weiterer Aussprache werden sämtliche Anträge einem Unterausschuss überwiesen.

Am nächsten Montag wird die Frage des Wahlrechts mit Paragraph 8 zur Behandlung kommen. Dazu liegt ein konservativer Antrag vor, nach dem das Abgeordnetenhaus 450 Mitglieder haben soll. Davor sollen 238 aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen nach dem Mehrstimmensystem hervorgehen, während 214 durch berufständische geheime und indirekte Wahlen bestimmt werden sollen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Fortbestand der Reichstagsmehrheit scheint entgegen anders lautenden Meldungen gesichert zu sein. Am Mittwoch fand eine interfraktionelle Besprechung im Reichstage statt, an der wiederum die nationalliberale Fraktion nicht teilnahm, weil die Beschlusssitzung über die weitere Stellung der Nationalliberalen erst am 19. d. W. stattfindet. Dagegen waren Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratischen Fraktion und der Fortschrittlichen Volkspartei anwesend. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden. In politischen Kreisen nimmt man an, daß, wie immer die nationalliberale Fraktion sich zur Reichstagsmehrheit wird stellen wollen, diese drei Parteien an ihrer bisherigen gemeinsamen parlamentarischen Taktik festhalten wollen. Man wird nicht seihigen in der Annahme, daß sich die heutige interfraktionelle Besprechung mit der offiziellen Rede und mit den letzten Ereignissen in Preußen beschäftigt hat.

Im sächsischen Verfassungsausschuss erklärten sich sämtliche Parteien außer den Konservativen für den nationalliberalen Antrag, der das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit zwei Wahlzimmern für Alter und Familienstand, nicht aber für Vermögen, Bildung und Einkommen verlangt. Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Woche. Die Annahme des Antrags dürfte jedoch kein. Die Fortschrittler beantragen außerdem die Neuregelung des Beamtenrechtes.

Wie zurückgefeierte deutsche Missionare berichten, wurden Mitte des Jahres 1918 die Negerstämme der deutschen Kolonie Togo von der englischen Regierung aufgefordert, entweder englisch zu werden oder eine Erklärung abzugeben, daß sie auch künftig deutsch bleiben wollen. Die, welche sich für das Deutschbleiben erklärt, wurden ausnahmslos mit Zwangsarbeit bestraft. Diese wohlverdiente Tatsache ist ein Beweis dafür, wie die englische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner in den Kolonien anfaßt. Nach den Beobachtungen der Missionare haben übrigens die englischen Zwangsmaßregeln nichts gebracht. Der größte Teil der Togoneger ist nach wie vor von dem Wunsch beseelt, daß möglichst bald wieder an Stelle der englischen Regierung die deutsche treten möge.

Österreich-Ungarn.

Gegen die Abreitung polnischen Gebietes an die Ukraine wandte sich eine Versammlung der Vertreter aller polnischen Parteien in Krasau. Es wurde eine gemeinsame Protesterklärung beschlossen. Während der Verhandlungen wurden auf dem Platz vor dem Magistratsgebäude und auf den Straßen große Kundgebungen veranstaltet, wobei im Bureau des obersten Nationalkomitees die Fenster eingeschlagen wurden.

Rumänien.

Ein Abhängigkeitsvertrag Rumäniens von der Politik

Arbeit. Sie wohnten im schönen Frankfurt am Main. Dort lebten sie ganz auffällig von allem Verfehl. Nur selten empfingen sie den Besuch Georg Parkers, der nur schwer aus seinen Studien loszureißen war.

Mit Georg war eine tiefe Bindung vor sich gegangen. Der einst so leichtfüßige Cavalier war ein wütender Arbeiter geworden. Oft hatte Hilde gesagt: „Sie müssen sich doch auch ein bisschen Vergnügen gönnen.“

Und dann spielte wohl ein seltsam schmerliches Bächeln um seine Lippen. Nur einmal sagte er: „Ich habe genug Vergnügen in meiner Jugend gehabt.“

Den Namen Franziska erwähnte Georg nie mehr. Die beiden jungen Kaufleute arbeiteten um die Wette, um die Schlussprüfung der Handelshochschule zu bestehen. Nur einmal hatte Theo in einem Brief an Frau von Klobmann Georg Parker erwähnt. Aber merkwürdigerweise hatte er auf diesen Passus nur die laconische Antwort erhalten:

Nachrichten über Georg Parker interessieren in München nicht.“

Damit war die Angelegenheit erledigt. Dann kamen die Examensnoten, aus denen die beiden Konkurrenten mit glänzenden Ehren hervorgingen. Vater Branderks, der gerade dienstlich nach München reisen mußte, konnte es einrichten, daß er einen Tag bei seinen Kindern verbrachte. Es war gerade der Examenstag. Theo, Georg und Hilde feierten einen ihren hübschen Vater mit einem kleinen Festmahl. Selbst Georg war heute ein bisschen aufgeräumter.

Was aber nun, was soll nun werden? fragte er.

Und sie bereitete gerade alle drei, als der Vater unvermutet eintrat. Nur wurde die Freude laut und herzlich, daß sie Georg fast ein wenig webt. Er empfahl sich bald, und er war durch seine Rötzung zurückzuhalten.

Georg führte seit einiger Zeit ein Tagebuch. An diesem Abend schrieb er die folgenden Worte ein: Der unglücklichste Tag in meinem Leben. Der Erfolg meiner Arbeit ist verloren. Erfolge sind wie die Töne einer Sonate erst dann voll und rein, wenn sie in einem Rezonanzboden ein Echo finden. Mein Leben ist ohne Echo, wie das Schleimhös ohne Schatten. Ich bin nicht Egoist genug, um über mich selbst glücklich zu sein.

(Schluß folgt.)

des Verbandes will eine Warnung vorbeugen, die die Gefährden der Entente in Toffu der rumänischen Regierung überreicht haben. Die neue rumänische Regierung hat die Mitteilung der Gefährden zur Kenntnis genommen, eine Gegnerklärung aber nicht abgegeben. — Mit anderen Worten, man läßt die Sache auf sich beruhen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 14. Febr. Am 15. und 16. sind die Vertreter der verschiedenen Parteien zum Bündniss mit Bayern zu Besprechungen geladen.

Berlin, 14. Febr. Abg. Gröber, der von mehrmonatiger Krankheit genesen ist, kehrte nach Berlin zurück, um die Führung der Zentrumspartei zu übernehmen.

Berlin, 14. Febr. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat das Chefredaktionell der Nationalstiftung für die Unterherrschen der im Kriege Gefallenen übernommen.

Berlin, 14. Febr. Sicherer Vernehmen nach beginnen heute nachmittag im Auswärtigen Amt Verhandlungen zwischen den Vertretern Österreich-Ungarns und des Deutschen Reichs über die Regelung der durch den Friedensvertrag geprägten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine.

Leipzig, 14. Febr. Der Berliner bulgarische Gesandte Rizow überreichte, wie das „Leipziger Tageblatt“ erfährt, dem in Berlin anwohnenden bulgarischen Ministerpräsidenten Stobekow sein Entlassungsgesuch. Hervorgerufen ist dieses durch die von Rizow veröffentlichte Schrift über die Wünsche der Bulgaren, die in Wien sehr große Aufregung und Wissenswerte erregt hatte.

Haag, 14. Febr. Der immer stärker werdende Lebensmittelmangel in England ruft immer ernstere Unruhen und Ausschreitungen im Volksmengen mit den sich mehrenden Streiks hervor. So kam es in der letzten Hälfte des Januar in Cardiff, Newport, Manchester und Liverpool infolge Fleisch- und Koblenzmangels zu schweren Aufruhr-Szenen.

Stockholm, 14. Febr. Aufgrund der Berichte über die Unruhen auf Island und die Übersicht schwedischer Unterherrschen nach Signifikanz wird eine Expedition ausgerichtet; ein großer Eisbrecher geht heute ab.

Stockholm, 14. Febr. 200 Polizeiwölfe wurden von der schwedischen Regierung ausgewiesen. Die russische Delegation unter Führung von Kamenski wurde aufgefordert, ihren Aufenthalt abzufüllen und Schweden so früh wie möglich zu verlassen.

Stockholm, 14. Febr. Der litauische Nationalrat in der Schweiz, der aus Vertretern des litauischen Landestages und der litauischen Emigration besteht, hat die Unabhängigkeitserklärung Litauens nicht nur dem deutschen Gesandten in Berlin, sondern auch den Vertretern aller anderen Mächte in der Schweiz übergeben.

Wellington (Neuseeland), 14. Febr. Der Finanzminister erklärte, die Vertreter Neuselands seien beauftragt, auf der Weltkongress gegen die Herausgabe der Südseeinseln an Deutschland zu wirken.

Aus Nach und Fern.

Herborn, den 15. Februar 1918.

Aus dem Kreisblatt.

Schreiner- und Glaser-Zwangsinnung. Die Abstimmungsliste über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schreiner- und Glaserhandwerk im Dillkreise liegt in der Zeit vom 16. Februar bis einschl. zum 2. März ds. J. zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten in den Diensträumen des Kgl. Landratsamts (Kreishaus) offen. Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Unter der Schäferde in Wilgersdorf, Kreis Siegen, ist die Räude ausgebrochen.

* Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielt der Musketier Heins vom hiesigen Feuerwehr.

* (Stadt-Theater Gießen) Sonntag, 17. Febr., nachmittags 3½ Uhr: „Der Knab der Sabinerinnen“, Ende 6 Uhr; abends 7½ Uhr: „Sah ein Knab ein Röslein stehen“, Ende nach 10½ Uhr. Montag, 18. Febr., abends 7½ Uhr: „Ein unbeschriebenes Blatt“, Ende gegen 10 Uhr.

Wetzlar. Wie wir hören, wird der erste Transport ukrainischer Kriegsgefangener Ende dieser Woche von hier aus die Heimreise antreten. (W. Anz.)

Biedenkopf. Die neue Kreisordnung über die Abgabepflicht der Eier bestimmt folgendes: In der Regel sind für jedes Huhn 30 Eier abzuliefern, die sich wie folgt auf die einzelnen Monate verteilen: Im Februar 1, im März 3, im April 6, im Mai 6, im Juni 5, im Juli 4, im August 3 und im Sept. 2 Stück. Hühnerhalter mit nicht mehr als 3 Hühnern, für die die Eierablieferung eine Härte bedeuten würde, können von der Abgabepflicht befreit werden. Dem Erzeuger hat die Sammelstelle für jedes Ei, das gebracht wird, höchstens 28 Pf. und für jedes abgeholte Ei höchstens 27 Pf. zu zahlen.

Weilburg. Die Stadtverordneten lehnen den Vorschlag für die Landwirtschaftsschule für 1918 in Einnahme und Ausgabe auf 83 400 Mark fest. Der Staatszuschuß beträgt 42 000 Mark, der städtische Zuschuß 10 000 Mark.

Cassel. Zur Klärung und Aussprache über die durch die letzten Arbeitsniederlegungen geschaffene Lage fand am 8. Febr. auf dem Generalkommando eine Besprechung des Chefs des Stabes des stellv. Generalkommandos, Obersten Freiherrn v. Tettau mit den Arbeiterausschüssen der wichtigsten Casseler Betriebe, unter Beteiligung des Gewerkschaftssekretärs Grzesinski und des Schriftleiters Hauffeld und im Beisein von Vertretern der königlichen Regierung statt. Der Chef des Stabes betonte, daß das Generalkommando besonderen Wert auf eine persönliche Aussprache mit den Arbeitern lege, um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu fördern. Dem Generalkommando liege das Wohl der Arbeiterschaft am Herzen, an erster Stelle stehe aber das Wohl des Heeres und des Reiches. Dieses zu fördern und zu schützen, sei die Pflicht des Generalkommandos. Dank der befonnenen Haltung der Arbeiterschaft, seien die Arbeitseinstellungen im Korpsbezirk, die außer in

Kassel noch an zwei anderen Orten stattgefunden hätten, schnell und ruhig beigelegt worden. Die Militärbehörden hätten nirgends Veranlassung gehabt, mit scharfen Maßnahmen einzuschreiten. Diese Tatsache gebe dem Generalkommando Veranlassung, auch in Zukunft auf die Besonntheit der Arbeiterschaft zu vertrauen und zu hoffen, daß das gute gegenseitige Einvernehmen bewahrt bleiben werde. Die Arbeitsniederlegungen hätten aber auch eine ernste Seite und bedenkliche Folgen gehabt. Sie seien begründet worden mit politischen Forderungen. Ob diese rechtig seien oder nicht, solle hier nicht weiter erörtert werden; der Chef des Stabes spreche zu den Arbeitern nur als Soldat. Jedoch müsse betont werden, daß der Streik in diesem Augenblick das ungewöhnliche und verantwortliche Mittel zur Erreichung der gestellten Forderungen sei. Jedenfalls sei bei der Hauptforderung, dem Abschluß eines baldigen Friedens durch die Arbeitsniederlegungen gerade das Gegen teil von dem Erstrebten erreicht worden. Jeder ersehne den Frieden, aber nicht einen Frieden, den unsere Feinde wollen, der die Bestrafung Deutschlands, die Vernichtung unseres Handels und unserer Industrie zur Folge haben und die Arbeiter in erster Linie schädigen und brotlos machen würde. Ein Friede aber, der unsere Zukunft sichert, könnte nicht plötzlich von heute auf morgen bewerkstelligt werden. Die Arbeitsniederlegungen haben nun den Willen unserer Feinde, uns ihre Kriegsziele aufzuzwingen gestellt; das Frohlocken ihrer Zeitungen beweist, daß sie den inneren Zusammenbruch Deutschlands, auf den allein sie hoffen, da sie uns militärisch nicht niederkriegen können, nunmehr durch den Eintritt des Streiks für gekommen wähnen. Es seien Heer und Reich durch den Streik geschädigt worden. Dies könne das Generalkommando nicht zulassen und könne daher in Zukunft unter keinen Umständen neue Arbeitsniederlegungen dulden. Es ergebe daher an die Anhänger den die Mahnung mit der Bitte, sie an ihre Arbeitsgenossen zu übermitteln, in Zukunft sich jeder Arbeitsniederlegung zu enthalten, da andernfalls der Kommandierende General sich gezwungen seien würde, die ganze Schwere des Strafgesetzes und der durch den Belagerungszustand ihm verliehenen Machtfolkschaften zur Anwendung zu bringen. Es würde alsdann besonders gegen die Aufseher und Aufwiegler vorgegangen werden. Sie seien dem Generalkommando zum Teil bekannt, es wolle für die Vergangenheit aber noch nichts gegen sie unternehmen, da es das Vertrauen habe, daß die Arbeiterschaft ihre Ruhe und Besonntheit in Zukunft voll bewahren und diesen Aufwiegern kein Gehör weiter schenken würde. Hieran schloß sich eine Aussprache, an der sich mehrere Vertreter der Arbeiterausschüsse sowie der Schriftleiter *Hauschild* beteiligten. Die Redner brachten ihren Dank für die Herbeiführung der Befreiung, wie für die ganze vom Generalkommando dem Streik gegenüber eingenommene Haltung zum Ausdruck und legten die Gründe dar, aus denen Zeile der Kasseler Arbeiterschaft in den Ausstand getreten seien. Die Absicht, Heer und Vaterland zu schädigen, habe ihnen, wie auch die schnelle Wiederaufnahme der Arbeit gezeigt, völlig fern gelegen. Der Streik sei plötzlich emporgeslammt aus einer Stimmung der Arbeiterschaft heraus, die hauptsächlich durch das „herausfordernde Auftreten der Vaterlandspartei“ erzeugt worden sei. Für die Auffassung, daß der Ausbruch des Streiks mit Rücksicht auf seine Auswirkung durch das Ausland zu bedauern sei, hätten sie volles Verständnis; sie müßten aber festhalten an ihrer Überzeugung, daß die Verantwortung nicht sie treffen, sondern diejenigen, die die gerechte Stimmung in die Arbeitermassen hineingetragen hätten. Daß der Streik an sich nicht als ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieser Ziele anzusehen sei, verkannten die Redner ebenso wenig, wie die schädlichen Folgen des Streikes mit Rücksicht auf das Ausland. Der Vorsitzende wies abschließend darauf hin, daß es jedem freistehe, die Vaterlandspartei zu bekämpfen, daß aber auch dazu doch der Streik kein geeignetes Mittel sei, und der Kampf gegen die Vaterlandspartei nicht zu einem Kampf gegen das Vaterland werden dürfe.

Frankfurt a. M., 15. Febr. Das hiesige Schwurgericht verurteilte gestern den 18-jährigen Schmied Johann Wedfus, der am 30. Dezember v. J. den Schuhmann Ertl erschoss, wegen vorsätzlichen Todesfalls zu 15 Jahren Büchthaus. Sein Gehilfe der Schlosser Wilhelm Rappes wurde wegen Einbruchdiebstahls zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Eppstein, 14. Febr. Heute nachts lösten sich auf dem Bahnhof Eppstein von einem Güterzug mehrere Wagen los und rollten auf abschüssiger Strecke abwärts. Die Wagen stießen schließlich auf den einfahrenden Nacht-Güterzug. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Bremser getötet, mehrere Personen wurden verletzt. Der Schaden ist erheblich; der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Limburg-Frankfurt ist vorläufig gestört.

Leipzig. Die Zahl der Aussteller bei der am 3. März beginnenden Frühjahrsmesse ist nach den bis heute vorliegenden Anmeldungen auf 3100 gestiegen. Es ist dies die höchste Zahl seit Kriegsbeginn. Sie übersteigt die Beteiligung an der letzten Herbstmesse um 600, an der Frühjahrsmesse 1917 um 700 Firmen. Die Gesamtzahl der am Geschäft beteiligten auswärtigen Besucher wird auf mindestens 50,000 veranschlagt.

Wich- und Kaninchenzählung am 1. März. Zur Wichzählung am 1. März 1918 hat der Bundesrat eine Ausführungsverordnung erlassen, die eine Zählung der im Deutschen Reich vorhandenen zahmen Kaninchen anordnet. Diese Feststellung geschieht im Interesse der Heeresverwaltung, weil die Felle der Kaninchen in steigendem Maße für den Kriegsbedarf Bedeutung gewinnen. Da eine besondere Zählung zurzeit nur mit

großen Schwierigkeiten durchführbar sein würde, erschien es angezeigt, sie mit der am 1. März 1918 vorgeschriebenen allgemeinen Viehzählung zu verbinden.

Preise für Fruchtsäfte. Die Kriegsgesellschaft für Obstsorten und Kartoffeln hat Abshapreise für Mutterfrüchte und Fruchtsäfte aller Jahrgänge veröffentlicht und den Abshat dagegen geregelt, daß die bereits im Handel befindlichen Mengen auch weiter abgefeiert werden dürfen, es dagegen zum Abshat der noch beim Hersteller lagernden Säfte besonderer Genehmigung der Kriegsgesellschaft bedarf. Die Preise im Kleinhandel sind einheitlich und betragen für 1 Kilogramm Brombeer, Erdbeer, Himbeer, Preiselbeer, Johannisbeer, Stachelbeer- und Heidelbeertrup in einer Zusammensetzung von 40 Teilen Mutterfrüchte und 80 Teilen Zucker 2,55 Mark, für 1 Kilogramm Himbeer- oder Kirschtup in einer Zusammensetzung von 85 Teilen Mutterfrüchte und 85 Teilen Zucker 2,45 Mark. Für den Verkauf in Sachen, die 1/2 bis 2 Liter enthalten, kommt ein Aufschlag bis zu 0,65 Mark für die Früchte erhoben werden. Die Erzeugerpreise und die Preise für den Großhandel weisen bei den einzelnen Sorten von Mutterfrüchten und Fruchtsäften kleine Preiskonterschiede auf, die sich aus den Gesetzmäßigkeiten erklären.

täglich würde diese Hilfeleistung nur im Zusammenwirken mit den ukrainischen Behörden erfolgen.

für die Schriftleitung verantwortlich: Otto B.

Anzeigen.

Verkauf von Waren der Reichsbekleidungsstelle

Die unterzeichnete Kreis-Bekleidungsstelle lädt Montag den 18. Februar an zunächst eine gewisse, in der Reichsbekleidungsstelle überwiesene Menge Kleidungsstücke zur ausschließlichen Erwerbung durch die minderbemittelte Bevölkerung des Distriktes in den nachzeichneten Geschäften und zwar

336 Stück Röcke für Frauen; Verkaufspreis 26,80 Mark
48 Jackenkleider; Verkaufspreis je 102,80 Mark
144 Blusen; Verkaufspreis je 13,25 Mark
50 Paar Kinderstrümpfe in verschiedenen Preislagen.

Verkaufsgeschäfte:

In Dillenburg: C. G. Gerhard, (nur Bluse) A. H. König, C. Lippert.

In Herborn: S. Hecht, G. W. Hoffmann, W. Pöhlauer.

In Haiger: Fr. Buch Nachf., C. Hoffmann, R. & O. Menz.

Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorlage eines Gesuchsscheines und einer durch die Ortsbehörde ausgestellten Genehmigung für die minderbemittelte Bevölkerung.

Die Kreisbekleidungsstelle, Wilhelmstraße 1, IV.

Preiswerte Seidenstoffe für

Blusen, Kleider, Röcke, Mäntel und Jackenkleider in grosser Auswahl.

Ausstattungshaus Louis Lehr.

Spiel- und Theater (Salon Meyer) Herborn

Sonntag, den 17. Februar nachmittags 4 Uhr abends 1/2 Uhr:

Amorant, Drama in 8 Akten.
Der Millionschuster. Lustspiel in 8 Akten.

Lehmann als Tochter des Hauses.

Wie er sich Liebchen eroberte.

2 Mädelchen.

Fröhliches, braues Haus mädelchen u. nettes Mädelchen zum Servieren gefüllt.

Joh. Müller, Rüdesheimer (Rhein) Drossigasse.

Gefunden:

1. Baylergeld
2. Kinderpelzkrallen
3. Eine Geldbörse mit 300
4. Eine gestrichte Bluse.
Die Polizei-Bewilligung.

Girliche Nachrichten.

Sonntag, 17. Febr. (Invocando) Herborn:

10 Uhr: Fr. Pfr. Weber.
Liebe: 83, 71.

Beichte und heil. Abendmahl:

1 Uhr: Kindergottesdienst.
2 Uhr: Fr. Pfr. Conrad.

Die Auflösung.

11 Uhr: Kindergottesdienst.

12 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

13 Uhr: Kindergottesdienst.

14 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

15 Uhr: Kindergottesdienst.

16 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

17 Uhr: Kindergottesdienst.

18 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

19 Uhr: Kindergottesdienst.

20 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

21 Uhr: Kindergottesdienst.

22 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

23 Uhr: Kindergottesdienst.

24 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

25 Uhr: Kindergottesdienst.

26 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

27 Uhr: Kindergottesdienst.

28 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

29 Uhr: Kindergottesdienst.

30 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

31 Uhr: Kindergottesdienst.

1 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

2 Uhr: Kindergottesdienst.

3 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

4 Uhr: Kindergottesdienst.

5 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

6 Uhr: Kindergottesdienst.

7 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

8 Uhr: Kindergottesdienst.

9 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

10 Uhr: Kindergottesdienst.

11 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

12 Uhr: Kindergottesdienst.

13 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

14 Uhr: Kindergottesdienst.

15 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

16 Uhr: Kindergottesdienst.

17 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

18 Uhr: Kindergottesdienst.

19 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

20 Uhr: Kindergottesdienst.

21 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

22 Uhr: Kindergottesdienst.

23 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

24 Uhr: Kindergottesdienst.

25 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

26 Uhr: Kindergottesdienst.

27 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

28 Uhr: Kindergottesdienst.

29 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

30 Uhr: Kindergottesdienst.

1 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

2 Uhr: Kindergottesdienst.

3 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

4 Uhr: Kindergottesdienst.

5 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

6 Uhr: Kindergottesdienst.

7 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

8 Uhr: Kindergottesdienst.

9 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

10 Uhr: Kindergottesdienst.

11 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

12 Uhr: Kindergottesdienst.

13 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

14 Uhr: Kindergottesdienst.

15 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

16 Uhr: Kindergottesdienst.

17 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

18 Uhr: Kindergottesdienst.

19 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

20 Uhr: Kindergottesdienst.

21 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

22 Uhr: Kindergottesdienst.

23 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

24 Uhr: Kindergottesdienst.

25 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

26 Uhr: Kindergottesdienst.

27 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

28 Uhr: Kindergottesdienst.

29 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

30 Uhr: Kindergottesdienst.

1 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

2 Uhr: Kindergottesdienst.

3 Uhr: Fr. Pfr. Weber.

4 Uhr: